



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Alarmierender Rückgang bei Existenzgründungen

Was hat man nicht alles vor zehn Jahren getan, um in Deutschland die Selbständigkeit als attraktive Alternative neben einer abhängigen Beschäftigung zu forcieren. Das Überbrückungsgeld wurde ausgeweitet, die Ich-AG aus dem Boden gestampft und eine massive Medienkampagne der damaligen Bundesregierung zur Erhöhung der Akzeptanz dieser Erwerbsform gestartet. Im Prinzip gelang es, auf breiter Front eine „Kultur der Selbständigkeit“ zu etablieren. Denn es setzte ein regelrechter Gründungsboom ein, als zwischen 2003 und Mitte 2006 rund eine Million Menschen mit Hilfe von Ich-AG und Überbrückungsgeld eine eigene Unternehmung starteten. Die Zahl der Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus stieg auf ein nie gekanntes Niveau.

Schon damals hagelte es Kritik gegen die Instrumente. Viele meinten, Gründungen aus Arbeitslosigkeit seien von Haus aus zum Scheitern verurteilt. Und der Existenzgründungszuschuss – offizieller Titel der Ich-AG – sei ohnehin Teufelszeug. Heute wissen wir, dass beide Programme so erfolgreich waren wie kaum ein anderes Instrument der Bundesagentur für Arbeit: Fünf Jahre nach Förderbeginn sind zwischen 60 und 70 Prozent der geförderten Gründer noch selbständig, als großer Erfolg hätten schon 50 Prozent gegolten. Weitere 20 bis 30 Prozent haben in der Zwischenzeit wieder einen Job gefunden, nur zehn Prozent sind in Arbeitslosigkeit zurückgekehrt. Weitere Jobs wurden geschaffen, im Schnitt beschäftigt jeder mit dem Überbrückungsgeld geförderte Gründer einen weiteren Angestellten. Viele Selbständige verdienen zudem mehr als vergleichbare Personen, die zum gleichen Zeitpunkt arbeitslos waren und stattdessen einen Angestelltenjob gesucht haben.

Zugleich haben diese Instrumente auch einen Beitrag zur Gesundung der deutschen Wirtschaft geleistet, deren Zustand vor zehn Jahren als der „kranke Mann Deutschland“ apostrophiert wurde. Denn Gründungen und unternehmerische Aktivitäten spielen eine wichtige Rolle für ökonomisches Wachstum, sie sorgen für technischen Fortschritt,

manchmal auch für die Einführung von Innovationen. Sie erhöhen den Wettbewerbsdruck und steigern damit die Produktivität in einer Volkswirtschaft. Der Zufluss von neuen Unternehmen ist so etwas wie die Frischblutzufluss in den Wirtschaftskreislauf.

Nun sollen alle Bemühungen umsonst gewesen sein. Der Gründungszuschuss – Nachfolger von Überbrückungsgeld und Ich-AG – wurde nicht nur budgetär zusammengestrichen, der Zugang zu diesem Instrument wurde so erschwert, dass die Zahl der geförderten Gründungen bei rund zehn Prozent des Vorjahresniveaus verharrt. Statt 134 000 Förderfälle – wie im Jahr 2011 – werden es 2012 etwas mehr als 10 000 Fälle sein. Niedergang eines erfolgreichen Instruments.

Nicht genug, jetzt sollen auch noch die kleinen Selbstständigen mit der Einführung einer Rentenpflicht so stark belastet werden, dass viele von ihnen gleich in Hartz IV abwandern oder in die Schwarzarbeit zurückkehren werden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist richtig, eine angemessene Altersversorgung für Selbständige zu gewährleisten. Aber bei einer solchen Regelung bedarf es bei den unteren Einkommensgruppen eines ähnlichen Augenmaßes wie bei der Entwicklung der Mini- und Midi-Jobs.

Geht diese Politik so weiter, wird das Gründungsgeschehen an allen Enden einbrechen. Für das Jahr 2012 wird bereits ein Rückgang bei den Gründungszahlen um mehr als 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr prognostiziert, und das ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Was das bedeutet, ist auch klar: Ohne lebendiges Gründungsgeschehen drohen Volkswirtschaften zu stagnieren. Die Wettbewerbsintensität nimmt ab, Wirtschaftsstrukturen verkrusten. Das hatten wir zuletzt vor zehn Jahren. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet eine Ministerin aus der Partei, deren Kanzler vor einer Generation eine neue Kultur der Selbständigkeit eingefordert hat, nun dem Gründungsgeschehen in Deutschland die Luft abdreht.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.